



Sächsische Wirtschaft legt Wahlprüfsteine für Landtagswahl 2004 vor

Fokussierung der Wirtschaftsförderung und attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen gefordert

Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW) hat heute in Dresden ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2004 vorgelegt. In 16 Einzelpunkten fordert die sächsische Wirtschaft vor allem eine auf Wachstumsbranchen fokussierte Wirtschaftsförderung sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den Unternehmen das Bestehen im internationalen Wettbewerb ermöglichen. „Wir kämpfen mit stetig steigenden Gebühren und Abgaben. Gerade bei den Kommunalabgaben wird völlig außer Acht gelassen, was das für Wirtschaftsansiedlungen bedeutet“, so der Präsident der VSW, Wolfgang Heinze.

Hauptaugenmerk der Politik sollte in der kommenden Legislaturperiode vor allem auf der weiteren Unterstützung des industriellen Mittelstandes sowie der Verbesserung der Bildungsqualität liegen. „Bei der Förderung der Wirtschaft müssen wir uns die Unterstützung bestehender Firmen konzentrieren. Wir haben nämlich nicht zu wenige Unternehmen, unsere Firmen müssen vor allem wachsen, um die Kapitalstocklücke von noch 30 Mrd. Euro im Vergleich zu den alten Bundesländern zu schließen“, betonte Heinze.

Im Zusammenhang mit dem demografisch bedingt bevorstehenden Fachkräftemangel fordert die VSW die bessere Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft. „Wir müssen den jungen Menschen vermitteln, welche Berufe Zukunftspotenzial haben und was im Berufsleben von ihnen erwartet wird“, sagte Heinze. „Die Defizite vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich müssen abgebaut werden, um Sachsen als Wissenschafts- und Technologiestandort auch in Zukunft erhalten zu können.“

Die VSW fordert zudem die Kommunen auf, ihre Haushalte ehrlich zu sanieren und nicht mit Scheinprivatisierungen die Misere zu vertuschen.

Alle 16 Wahlprüfsteine sind im Internet unter www.vsw-direkt.de zu finden.

Pressemitteilung

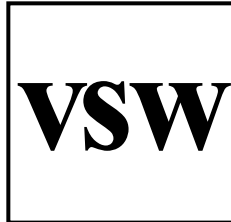
**Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e.V. (VSW)**

Hausanschrift
Washingtonstraße 16/16 A
01139 Dresden

Postanschrift
PF 300 200
01131 Dresden

Kontakte
Sandra Jäschke
Pressesprecherin
Tel.: (03 51) 2 55 93 28
Fax: (03 51) 2 55 93 77

Sandra.Jaeschke@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de



Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.

Wahlprüfsteine

für die Landtagswahl 2004 in Sachsen

Redaktionsschluß: April 2004
Alle Rechte vorbehalten

Herausgeber: Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW)
Washingtonstraße 16/16 A
01139 Dresden
Telefon: (03 51) 2 55 93-0
Telefax: (03 51) 2 55 93 78

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	3
Ein kurzer Rückblick	4
1 Landeshaushalt solide weiterführen	5
2 Investitionsförderung fortführen	6
3 Europäische Strukturfonds fokussieren und absichern	7
4 Mittelstandsfinanzierung begleiten	8
5 Wirtschaftsstrukturen gestalten	9
6 Exportwirtschaft stärken	10
7 Existenzgründungen unterstützen, aber nicht subventionieren	11
8 Emissionshandel und Energiepreisproblem politisch lösen	12
9 Verkehrsinfrastruktur weiter ausbauen	13
10 Herausforderungen des Fachkräftebedarfs aktiver annehmen	14
11 Bildungspolitik für neue Herausforderungen fit machen	15
12 Arbeitsmarkt konsolidieren	16
13 Privatisierung kommunaler Unternehmen vorantreiben	17
14 Kommunalabgaben und Gewerbesteuerhebesätze senken	18
15 Zahlungsmoral der öffentlichen Hand verbessern	18
16 Förderalismus in Deutschland stärken und für Sachsen nutzen	19

Vorbemerkungen

Sachsen ist eine Industrieregion mit langer Tradition. Auch für die Zukunft braucht Sachsen eine moderne und breite industrielle Basis, um Wohlstand und Arbeit zu sichern. Auf einer prosperierenden Industrie aufbauend, werden sich Bau, Handel, Handwerk und Dienstleistungen entwickeln. In den vergangenen Jahren wurde Beachtliches geleistet. Bis zum Erreichen selbsttragender Wirtschaftsstrukturen ist aber noch eine lange Wegstrecke zu bewältigen.

Die sächsische Landespolitik muss sich in der kommenden Legislaturperiode weiter auf die Gestaltung der Zukunftsfelder konzentrieren. Neben einem Fokus in der Wirtschaft auf das Verarbeitende Gewerbe und die Unternehmensnahen Dienstleister sind dabei für drängende Fragen der Familien-, Bildungs- und Kommunalpolitik Lösungen zu finden und umzusetzen.

Maßnahmen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik sind im Einzelfall gerechtfertigt und notwendig, dürfen den Umbau der Volkswirtschaft jedoch nicht behindern. Die eingeleiteten Schritte bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme müssen konsequent fortgeführt werden. Herausragende Probleme, die es in Sachsen zu lösen gilt, wie Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, sind typische Symptome. Ihre Ursachen liegen vor allem in der unzureichenden Wirtschaftskraft der Unternehmen. Ziel der Landespolitik muss es sein, die tatsächlichen Ursachen für die unzureichende Wirtschaftskraft zu beseitigen. Um die wirtschaftliche Gesundung in Sachsen voranzubringen, müssen Kostenstruktur und Rentabilität der Unternehmen besser werden. Nur einträgliche Gewinne der Unternehmen sichern nachhaltig Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Ebenso ist es erforderlich, ein realistisches Bild von Umfang und Zeit der noch zu leistenden Aufbauarbeit zu geben. Dadurch werden Aktionismus und Enttäuschungen vermieden. Eine weitere Verstetigung der Wirtschaftspolitik erhöht die Wahrscheinlichkeit des Erfolges. Der Abschluss des Solidarpakt II bis einschließlich 2019 liefert einen belastbaren Rahmen; die sich daraus ergebenden Chancen müssen entschlossen angepackt werden. Eine noch sparsamere und effizientere Mittelverwendung sollte für alle Politikfelder angestrebt werden.

Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft formuliert nachfolgend Wahlprüfsteine für die vierte Legislaturperiode der sächsischen Landesregierung 2004 bis 2009, wohlwissend, dass die Landespolitik einen Handlungsrahmen von Bund und Europäischer Union gesetzt bekommt, der das eigene Handeln nicht immer vereinfacht. Die Landespolitik nimmt in einem zusammenwachsenden Europa trotzdem eine herausragendere Rolle ein und hat für die Zukunft des Landes wichtige Weichen zu stellen.

Ein kurzer Rückblick

Die zu Ende gehende Legislaturperiode war durch eine Reihe wichtiger Ereignisse gekennzeichnet. Landespolitisch waren die Vereinbarung des Solidarpakts II und die Kabinettsumbildung herausragend. Bei den Verhandlungen des Solidarpaktes hat die Sächsische Staatsregierung wichtige Grundsatzarbeit geleistet und erreicht, dass die ostdeutschen Bundesländer bis einschließlich 2019 weitere überdurchschnittliche Unterstützung durch den Bund und die westdeutschen Bundesländer erhalten.

Ein prägendes Ereignis war die Flutkatastrophe, von der Sachsen im Sommer 2002 heimgesucht wurde. Die erheblichen Schäden an Infrastruktur, Wirtschaft und Privatvermögen konnten dank einer beispiellosen nationalen Solidarität, dem konsequenten Einsatz der Landesregierung und vielen entschlossenen Helfern weitgehend beseitigt werden. Die Meisterung dieser Herausforderung darf neues Selbstbewusstsein geben.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den vergangenen Jahren weniger erfreulich. In Sachsen war - wie in allen ostdeutschen Bundesländern und in Deutschland insgesamt - eine weitgehende Stagnation zu verzeichnen. Der Angleichungsprozess zu Westdeutschland und anderen europäischen Regionen kam zum Stillstand. Die Wirtschaft musste eine Reihe externer Schocks verkraften, die das Wachstum bremsten. Der Börsencrash, die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 und der Konflikt im Nahen Osten führten zu langanhaltender Verunsicherung bei Unternehmen, Politik und Verbrauchern. Dazu kam eine Bundespolitik, die der Wirtschaft erhebliche neue Reglementierungen auferlegte. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die sprunghafte Steuerpolitik und grobe Fehler bei der Reform der Sozialversicherungssysteme waren Mitauslöser für eine langanhaltende Rezession in Deutschland. Sachsen hat mit den anderen ostdeutschen Bundesländern darunter besonders zu leiden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen war wesentlich geprägt durch die Krise der Bauwirtschaft und die erfreuliche Dynamik in der Industrie. Mit der sich in den nächsten Jahren vollziehenden Konsolidierung am Bau werden die Wachstumskräfte in Sachsen besser in Erscheinung treten. Die ausgeprägte Investitionsbereitschaft der Unternehmen gibt Anlass zur Hoffnung, dass in den kommenden Jahren wieder höhere Wachstumsraten erreicht werden. Diese Entwicklung muss jedoch durch eine solide Landespolitik aktiv begleitet werden.

1 Landeshaushalt solide weiterführen

Die Haushaltspolitik der Sächsischen Staatsregierung in den vorangegangenen Legislaturperioden ist ein positives Beispiel für nachhaltige und vorausschauende Politik. Durch hohe Investitionsquoten und geringe Neuverschuldung konnte der Schuldenaufbau gebremst werden. Sachsen hat die finanztechnisch beste Ausgangsposition der neuen Bundesländer für die kommenden Jahre. Trotzdem sind Steuerausfälle und hohe Mittelbindung nicht spurlos vorübergegangen; die Investitionsquote des sächsischen Haushalts ist deutlich zurückgegangen und tendenziell weiter rückläufig.

Eine sparsame und effiziente Haushaltswirtschaft sollte der Grundbaustein der Landespolitik der kommenden Legislaturperiode sein, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die finanztechnischen Herausforderungen von sinkenden Solidarpaktmitteln und zurückgehenden Mittelzuweisungen aus den Europäischen Strukturfonds zu meistern. Dem Ziel einer soliden Haushaltsführung müssen sich alle Politikfelder verpflichtet fühlen.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Weiterführung des Haushalts mit einer Investitionsquote von deutlich mehr als 20 %.
- Konsumtive Ausgaben sind auf das gesetzlich Notwendige zu beschränken.
- Personal- und Verwaltungsausgaben sind bei einer weiteren Verschlankung der Verwaltung und auf Grund der sinkenden Einwohnerzahlen in Sachsen anzupassen.
- Vollständige investive Verausgabung der zusätzlichen Mittelzuweisungen aus dem Solidarpakt II.

2 Investitionsförderung fortführen

Sachsen ist bis einschließlich 2006 Ziel-1-Gebiet der EU. Dadurch erhält Sachsen beträchtliche Mittel aus den Europäischen Strukturfonds. Gleichzeitig wurde das Investitionszulagengesetz bis 2006 verlängert. Trotzdem werden die Unternehmen in den nächsten Jahren bei hoher Investitionsneigung mit weniger staatlicher Unterstützung auskommen müssen. Erste Anzeichen dafür sind die permanent hohen Antragsberge bei der Sächsischen Aufbaubank und die Verschärfung der sächsischen GA-Richtlinie zum 1. Januar 2004. Auch der Dritte Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission lässt vermuten, dass ab 2007 deutlich weniger Mittel aus den Europäischen Strukturfonds für Sachsen zur Verfügung stehen.

Aufgrund der ungünstigen Eigenkapitalstrukturen der Unternehmen und der restriktiven Kreditvergabepraxis wird das insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen Investitionen massiv erschweren. Es ist daher Aufgabe der Landespolitik die Förderinstrumente so zu gestalten, dass den erkennbaren Problemen rechtzeitig gegengesteuert wird. Bürgschaften und Beteiligungen sind geeignete Instrumente, um fehlende Sicherheiten und fehlendes Eigenkapital zumindest zeitweise zu ersetzen.

Um in Sachsen selbsttragende Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und den Kapitalstock auf ein internationales wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen, sind weitere Investitionen im industriellen Sektor von etwa 30 Mrd. EUR erforderlich. Ebenso ist die unternehmensnahe Forschungsförderung fortzuführen und zu stärken, um im Innovationswettbewerb der Regionen bestehen zu können. Diese große Herausforderung kann nur durch das unbedingte politische, fiskalische und haushalterische Anerkenntnis überproportionaler Unterstützung für Investitionen gemeistert werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf Investitionen, Beteiligungen, Bürgschaften, Forschung/Entwicklung, Marktbearbeitung.
- Bedarfsgerechte Mittelausstattung der GA-Förderung in Sachsen auch bei zurückgehenden Mittelzuweisungen des Bundes.
- Politische Flankierung für den Fortbestand von Investitionszulage und GA-Förderung über 2006 hinaus.
- Stärkung der unternehmensnahen Forschungsförderung.

3 Europäische Strukturfonds fokussieren und absichern

Sachsen erhält aus den Europäischen Strukturfonds in den Jahren 2000 bis 2006 mehr als 4 Mrd. EUR. Diese Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).

Die Halbzeitevaluierung der Strukturfonds hat den Einsatz der Mittel in Sachsen in vielen Teilen als effizient bestätigt, aber auch Schwachstellen aufgezeigt. Sowohl die Mittel aus dem EFRE als auch dem ESF sollten nach Meinung der Evaluatoren noch stärker für die Bewältigung zukünftiger Probleme und weniger zur Bekämpfung aktueller Herausforderungen und zum Stopfen von Löchern eingesetzt werden.

Ein besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, dass es zu einer stärkeren Verknüpfung von EFRE und ESF kommt. Dadurch können Investitionen noch besser und insbesondere nachhaltig abgesichert werden. Die Schwerpunkte der sächsischen Technologiepolitik und die als strategisch wichtig definierten Wirtschaftsbereiche sollten sich analog im ESF wiederfinden, um eine Verstärkung der investiven Anstrengungen im Bereich des Humankapitals zu erreichen.

Eine noch größere Herausforderung steht an, wenn es um die Neuausgestaltung der Europäischen Strukturfonds ab 2007 geht. Die wesentlichen Entscheidungen dafür werden in den nächsten 12 Monaten getroffen. Sachsen steht dabei vor zwei elementaren Herausforderungen: einerseits muss durch die EU-Erweiterung mit weniger Mittelzuweisungen gerechnet werden; andererseits könnte es in Sachsen zu einer differenzierten Förderkulisse kommen, wenn die Regierungsbezirke auf Grund ihrer wirtschaftlichen Kenndaten in unterschiedliche Förderprioritäten eingestuft werden. Da die wirtschaftliche Entwicklung der Regierungsbezirke jedoch real noch nicht so unterschiedlich ist, wie es die Statistik darstellt, droht erhebliches Konfliktpotential zwischen den Regionen in Sachsen.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Engere Verzahnung von EFRE und ESF.
- Konsequenter Einsatz für eine weitere problemadäquate Mittelausstattung aus den Europäischen Strukturfonds ab 2007.
- Schaffung der Voraussetzungen für eine einheitliche Förderkulisse in Sachsen nach den Maßstäben der Europäischen Strukturfonds

4 Mittelstandsfinanzierung begleiten

Die Mittelstandsfinanzierung ist in schwieriges Fahrwasser geraten. Schlechte Ertragslage im Mittelstand, Bankenkrise und Basel II führen zu einer fortdauernden Kreditrationierung. Andere Finanzierungsinstrumente müssen sich erst etablieren und stehen daher derzeit nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Mit dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast für das öffentliche Kreditwesen wird es zu einer weiteren Verschärfung der Kreditierung bei kleinen und mittleren Unternehmen kommen. Zins- und Tilgungsbelastungen stellen die Unternehmen vor weitere erhebliche Herausforderungen.

Gleichzeitig ist hinzuzufügen, dass sich die Probleme der Mittelstandsfinanzierung strukturell unterscheiden. Im Verarbeitenden Gewerbe und bei Unternehmensnahen Dienstleistern stehen die Wachstumsfinanzierung und die damit verbundenen Investitionen, die Marktbearbeitung und der erforderliche Aufbau des Umlaufvermögens im Vordergrund. In der Bauwirtschaft, im Handwerk und im Handel müssen dagegen Konsolidierung und Umsatzstagnation bewältigt werden. Für beide Herausforderungen müssen Lösungen gefunden werden, um negative Entwicklungen so weit wie möglich zu verhindern. Finanzierungsengpässe dürfen keine Bremse für den Aufbau der sächsischen Wirtschaft werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Intensivierung der Zukunftsinitiative Mittelstandsfinanzierung unter Beachtung struktureller Unterschiede der Wirtschaftsbereiche.
- Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente im Bereich der Bereitstellung von Sicherheiten und Eigenkapital.
- Verstärkung eines institutionellen Dialogs zwischen Kreditinstituten, Politik und Unternehmen.

5 Wirtschaftsstrukturen gestalten

Die sächsische Wirtschaft steckt seit mehr als 10 Jahren in einem beispiellosen Strukturwandel, der immer noch in einem deutlich höheren Tempo im Vergleich zu etablierten Volkswirtschaften erfolgt. Durch die dramatischen Umbrüche in den Unternehmen sind viele Kooperations- und Lieferbeziehungen zerstört worden. Der Politik ist es gelungen, eine nennenswerte, wenn auch nicht ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen durch Direktinvestitionen (Ansiedlungen) zu akquirieren. Zunehmend muß die Wirtschaft aber auch aus sich heraus wachsen. Die Wirtschafts- und Strukturpolitik muß daher so angelegt sein, dass in regionalen Wertschöpfungsketten gezielt Lücken geschlossen werden.

Der Aufbau von Clustern sollte begleitet werden von einer langfristigen Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Sachsen ("Delphi Studie"), an der sich Initiativen und Netzwerke orientieren sollten. Die zunehmende Versplinterung der Kooperationslandschaft durch immer mehr staatlich subventionierte Netzwerke ist dabei allerdings eher kontraproduktiv.

Durch die Stärkung einheimischer Handelsunternehmen sollte die Fremdbestimmungen sächsischer Produzenten abgebaut werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Exponierte Förderung von Branchen und Bereichen, die für bessere Wertschöpfungsketten innerhalb Sachsens erforderlich sind.
- Netzwerke strategisch an den wirtschaftlichen Entwicklungszielen in Sachsen ausrichten.

6 Exportwirtschaft stärken

Insbesondere die Exporte haben den Freistaat Sachsen in den vergangenen Jahren an die Spitze der neuen Bundesländer gebracht. Es wurde ein solides Fundament geschaffen. Es ist jedoch notwendig, diese Erfolge auszubauen und nachhaltig zu sichern. Der gesamtdeutsche Vergleich zeigt, dass noch Handlungsbedarf besteht, um Anschluss an die westdeutschen Bundesländer zu erreichen.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Bündelung der Kräfte der Exportwirtschaft durch gezielte Unterstützung ausgewählter Wirtschaftszweige.
- Nutzung des rechtlichen Rahmens der Unterstützung, die die EU-Vorschriften zulassen.
- Verbreiterung der Basis exportorientierter Unternehmen durch Unterstützung kleinerer Unternehmen, deren Produkte für den Export geeignet sind, die aber aus Managementgründen bisher keinen Zugang dafür gefunden haben.

7 Existenzgründungen unterstützen, aber nicht subventionieren

Durch Existenzgründungen kommt es zu einer regelmäßigen Erneuerung des Unternehmensbestandes. Neu hinzukommende Unternehmen beleben den Wettbewerb und stärken daher die Innovation. Aus diesen Gründen ist die Unterstützung von Existenzgründungen ein wichtiger Aspekt der Wirtschaftsförderung. Es ist jedoch bei Branchen, die ausschließlich oder überwiegend regional agieren, zu beachten, dass mit Subventionen für Existenzgründungen nicht lediglich der Preisdruck auf bereits bestehende Unternehmen vergrößert und nur ein Drehtüreffekt ausgelöst wird.

Sachsen hat heute in allen (!!) Wirtschaftsbereichen einen höheren Unternehmensbesatz je 1.000 Einwohner als die westdeutschen Bundesländer. Das Problem ist daher weniger die Anzahl der Existenzgründungen, sondern vielmehr deren Nachhaltigkeit. Da heute mehr als jede zweite Existenzgründung finanziell unterstützt wird und die Verbleibszeiten von Neugründungen am Markt rückläufig sind, kann in einer immer höheren Subventionierung nicht die Lösung liegen.

Existenzgründer sollten vielmehr besser auf ihren Schritt vorbereitet werden. Darüber hinaus kann die Politik Existenzgründungen unterstützen, wenn sie ein unternehmerfreundlicheres Klima schafft, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ertragskraft der Unternehmen verbessert und bürokratische Wege bei der Existenzgründung vereinfacht.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Konzentration auf Existenzsicherung und Unternehmenswachstum an Stelle von subventionierten Existenzgründungen
- Gezielte Unterstützung von Existenzgründungen in wachstumsträchtigen Branchen.

8 Emissionshandel und Energiepreisproblem politisch lösen

In Sachsen sind die Strompreise höher als im Durchschnitt von Deutschland. Darüber hinaus sind die Unternehmensstrukturen historisch bedingt großflächiger und energieintensiver als im Westen. Die Liberalisierung des Strommarktes hat sich im Osten aufgrund der im Energiewirtschaftsgesetz enthaltenen Sonderregelung als Flop erwiesen. Hohe Strompreise und strukturell bedingter Mehrverbrauch summieren sich zu einem Wettbewerbsnachteil der hiesigen Unternehmen. Durchschnittlich müssen vergleichbare Unternehmen in Sachsen etwa 30 % mehr für Strom bezahlen als westdeutsche Wettbewerber. Das beschriebene Problem wurde weitgehend durch politische Entscheidungen geschaffen, die Wirtschaft mahnt daher seit Jahren eine politische Lösung dieses Problems an.

Eine weitere Verschärfung könnten die Regelungen des Nationalen Allokationsplans zum Emissionshandel mit sich bringen. Die erhebliche Reduktion der CO₂-Reduktion in Ostdeutschland wird dabei nur unzureichend bis gar nicht anerkannt. Da Sachsen insbesondere im industriellen Sektor einen erheblichen Wachstumsbedarf hat, um selbsttragende Wirtschaftsstrukturen zu entwickeln, könnte der Emissionshandel unter den aktuell vorgelegten Rahmenbedingungen zu einem ernsthaften Investitionshemmnis werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Finanzielle Kompensation des Durchleitungsverbot von Strom in Ostdeutschland entweder für die Sondervertragskunden oder für die EVU.
- Einforderung spezifischer ostdeutscher Rahmenbedingungen im Nationalen Allokationsplan zum Emissionshandel.

9 Verkehrsinfrastruktur weiter ausbauen

Der zügige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist ein ganz wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Sachsen. Die Schaffung einer modernen, leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist in zweierlei Hinsicht dringend erforderlich: für das Werben von Investoren, insbesondere in Regionen außerhalb der Großstädte und abseits der Autobahnen; zur Verminderung der Logistikkosten insbesondere im innerörtlichen und regionalen Bereich.

Der Freistaat Sachsen zeigt seit Jahren, dass er der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur berechtigterweise eine herausragende Bedeutung zukommen lässt. Die schrittweise Fertigstellung der A 17 nach Prag ist dabei sowohl ein Symbol der europäischen Erweiterung als auch ein wichtiger Lückenschluss einer Nord-Süd-Verkehrsachse, die für Sachsen von hoher Bedeutung sein wird.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung in vielen früher strukturschwachen Räumen Westdeutschlands nach großen Erschließungsinvestitionen zeigt, dass Neuinvestitionen häufig nur entlang gut ausgebauter Verkehrsstränge getätigt werden. Trotz der enormen Anstrengungen und Erfolge der vergangenen Jahre sind einige Landesteile wie das Erzgebirge, Teile der Ober- und Niederlausitz sowie der Nordraum Leipzig noch nicht ausreichend infrastrukturell erschlossen. Zudem ist das Engagement der Deutschen Bahn und der Lufthansa in unserer Region mehr als unbefriedigend.

Wichtige und drängende Infrastrukturprojekte in Sachsen sind aus Sicht der Wirtschaft der Autobahnsüdring Leipzig, die A 72 von Chemnitz nach Leipzig, der Bau von Ortsumfahrungen und der Ausbau sowie die Erneuerung innerstädtischer Straßen. Hinzu kommen wichtige Schienenwege, um Sachsen auch mit diesem Verkehrsmittel überregional besser anzubinden.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind letztendlich nicht nur eine Investition in die Zukunft, sie helfen auch, den derzeit enormen Anpassungsdruck der Bauwirtschaft abzufedern.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Zügiger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Straßen, Schiene und Flughäfen unter Einbeziehung privater Investoren in wichtige Infrastrukturprojekte zu deren schnelleren Realisierbarkeit.
- Intervention bei der Deutschen Bahn zur besseren Anbindung Sachsens an das gesamtdeutsche Schienennetz.

10 Herausforderungen des Fachkräftebedarfs aktiver annehmen

Die wirtschaftliche Stagnation hat in den vergangenen drei Jahren eine der großen Herausforderungen der Zukunft in den Hintergrund treten lassen: die positive Entwicklung in Industrie und bei Unternehmensnahen Dienstleistern sowie den demografischen Umbrüchen werden zu einem erheblichen Mangel an Fachkräfte in wichtigen Wirtschaftsbereichen und Qualifikationen führen. Angesichts von durchschnittlich 400.000 Arbeitslosen in Sachsen wird die Diskrepanz zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen oftmals verkannt oder sogar geleugnet.

Die Herausforderung ist vielschichtig: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Die Berufswahl und die Entscheidung für ein Studium müssen bei den Jugendlichen auf eine bessere Entscheidungsgrundlage gestellt werden. Qualifikationsmaßnahmen, die staatlich gefördert werden, müssen sich stärker am Bedarf der Wirtschaft orientieren. Letztendlich muss für die Sicherung der ferneren Zukunft auch die Fertilitätsrate erhöht werden.

Das Zeitfenster für strategische Maßnahmen zur Abwehr größerer Probleme ab 2006/2007, dem Zeitpunkt wo geringere Schulabgängerzahlen und steigende Altersabgänge zusammenfallen, schließt sich rasant. Obwohl mit dem ESF ein Instrument zur Schaffung von Strukturen und Instrumente gegen den Fachkräftemangel zur Verfügung stehen, sind konzeptionelle Weichenstellungen bisher nicht erkennbar.

Auch auf Bundesebene kommt keine Unterstützung. Ausbildungsplatzabgabe und fehlende bundeslandübergreifende Bildungsstandards zeigen exemplarisch, dass die grundlegenden Herausforderungen noch nicht erkannt wurden. Es ist daher wenig verwunderlich, dass Deutschland nicht nur bei der Wirtschaftskraft, sondern auch bei der Entwicklung der Humanressourcen im europäischen Maßstab ins Hintertreffen gerät.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Neuausrichtung der ESF zügig voranbringen und stärker mit konzeptionellen Instrumenten arbeiten.
- Verbesserung der Unterstützung der berufsbegleitenden Weiterbildung auch für Fach- und Führungskräfte.
- Beschleunigte Umsetzung der Plattformbeschlüsse der Fachkräfteinitiative aus dem Jahr 2001.
- Berufsorientierung verbessern, Personalentwicklungskompetenzen stärken und betriebsnahe Qualifizierung ausbauen.

11 Bildungspolitik für neue Herausforderungen fit machen

Im Bereich der Bildungspolitik sind in Sachsen wichtige und richtige Entscheidungen getroffen worden. Überdurchschnittliche Leistungen im Vergleich zum deutschen Durchschnitt sind ein erfreuliches Ergebnis, auch wenn der internationale Vergleich oft verdeutlicht, dass in den Bemühungen nicht nachgelassen werden darf. Das Abitur in 12 Jahren, die Wiedereinführung der Kopfnoten und der Hochschulkonsens mit einer höheren Autonomie der Hochschulen zeigen, dass übergreifend versucht wird, die Bildungsstandards zu verbessern.

Bildung bleibt für Sachsen ein wichtiger Ansatzpunkt, um den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft zügig voranzubringen. Im Mittelpunkt muss weiterhin die Qualität der Ausbildung stehen - von der allgemeinbildenden Schule über Gymnasien, Berufsausbildung, Hochschulen bis zur Weiterbildung.

In den allgemeinbildenden Schulen ist den Schülern eine größere wirtschaftliche, soziale und persönliche Kompetenz zu vermitteln. Darüber hinaus müssen die Defizite der Schulabgänger bei naturwissenschaftlichen Fächern, Fremdsprachen und Deutsch zügig abgebaut werden. Ziel der Schulbildung muss sein, die Schüler zu befähigen, am Arbeits- und Wirtschaftsleben aktiv teilzunehmen.

Kleine und mittlere Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, eine eigene Ausbildung durchzuführen. Oft fehlen die personellen und materiellen Voraussetzungen. Darüber hinaus hemmen beispielsweise die Höhe der Vergütung und die mangelhaften Bildungsvoraussetzungen der Bewerber die Bereitschaft der Unternehmen zur Ausbildung. Die zeitweise Aussetzung der Ausbildungsbeurteilung wird als ein geeignetes Instrument gesehen, um die Ausbildungsneigung der Unternehmen zu erhöhen. Die betriebliche und überbetriebliche Ausbildung ist gegenüber der außerbetrieblichen Ausbildung weiter zu stärken. Die Wirtschaft darf durch eine Ausbildungsplatzabgabe nicht weiter belastet werden.

Neben dem Hochschulkonsens als zukunftsweisende Vereinbarung zwischen Staat und Hochschulen, sollten die Berufsakademien als eine wirtschaftsnahe Form des Studiums mit hoher Aufmerksamkeit weiterentwickelt werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Konzentration der Schule auf die Vermittlung von grundlegenden Kulturtechniken und Grundlagenwissen in zentralen Fächern.
- Kooperationen von Schule und Wirtschaft intensiver begleiten.
- Fokus der Unterstützung auf betriebliche und überbetriebliche Ausbildung.
- Einführung von Studiengebühren als Anreiz für Hochschulen und Studenten.

12 Arbeitsmarkt konsolidieren

Die Rahmenbedingungen für Unternehmen müssen auf mehr Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ausgerichtet sein. Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherungssysteme bei Arbeitslosigkeit müssen Brücken zur Beschäftigung bauen. Die von der Wirtschaft seit langem kritisierte, mangelnde Effizienz der ABM wurde nunmehr auch öffentlich anerkannt und führt jetzt zu einer deutlichen Reduzierung des Instrumentes. Gleiches muss auch für andere Maßnahmen der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik gelten. Lohnersatzleistungen dürfen nicht länger Fehlanreize geben.

Grundsätzlich ist der erste Arbeitsmarkt gegenüber anderen Beschäftigungsmöglichkeiten zu stärken. Dabei sind Auswüchse im zweiten Arbeitsmarkt konsequent zurückzudrängen. Aktivitäten im zweiten Arbeitsmarkt, die in direkter Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt stehen, sind zu unterlassen. Es muss ein System der verpflichtenden Anhörung der Wirtschaftsverbände bei der Schaffung subventionierter Aktivitäten im zweiten Arbeitsmarkt eingeführt werden.

Überreglementierungen im Arbeitsrecht sind konsequent zurückzuführen. Insbesondere eine Neuregelung des Kündigungsschutzes und eine Verzahnung geringqualifizierter Tätigkeiten mit Lohnsubventionen können wesentlich dazu beitragen, die erheblichen strukturellen Probleme des deutschen und sächsischen Arbeitsmarktes zu verringern. Das AHA-Gesetz gibt dafür wichtige Impulse.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Die Orientierung der Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt ist gegenüber dem zweiten Arbeitsmarkt weiter zu verstärken.
- Lohnersatzleistungen und Kündigungsschutz dürfen keine Fehlanreize geben.
- Geringqualifizierte Arbeit muss durch Lohnsubventionen attraktiver gemacht werden.

13 Privatisierung kommunaler Unternehmen vorantreiben

Die Kommunen klagen über eine mangelnde Finanzausstattung. Gleichzeitig gibt es erhebliche Bestrebungen, eigene Unternehmen zu gründen und unter dem Hinweis der sogenannten Daseinsvorsorge umfangreiche wirtschaftliche Aktivitäten zu rechtfertigen. Oft führt dies dazu, dass Verluste erwirtschaftet werden, die wiederum den Haushalt belasten. Gleichzeitig treten die kommunalen Unternehmen in Konkurrenz zu privaten Unternehmen und führen einen Preiswettbewerb mit ihnen. Dadurch verschlechtert sich die Ertragslage insbesondere bei regional tätigen Unternehmen, was wiederum zu einer Verminderung der Gewerbesteuern führt. Die Kommunen heben dann unter Verweis auf die sinkenden Einnahmen die Gewerbesteuerhebesätze an - Sachsen hat mittlerweile die zweithöchsten Gewerbesteuerhebesätze in Deutschland.

Eine konsequente Privatisierung kann wirtschaftliche Potentiale freilegen und dadurch zusätzliche Impulse geben sowie die öffentlichen Kassen entlasten. Das erweitert die staatlichen Handlungsspielräume, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (Infrastruktur, Bildung, Rechtstaatlichkeit) effizient zu gestalten.

In vielen deutschen Gemeindeordnungen sind bereits sogenannte Subsidiaritätsvorgaben enthalten, die regeln, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommune bereits dann unzulässig ist, wenn Private die betreffende Aufgabe ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen können. Sachsen hat eine solche Subsidiaritätsvorgabe in seiner Gemeindeordnung nicht. Zwar wurde in der Sächsischen Gemeindeordnung eine verstärkte Aufsicht auch bei kommunalen Unternehmen festgeschrieben, trotzdem sollte eine echte Privatisierung (keine Scheinprivatisierung!) dieser Unternehmen Vorrang haben.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Aufnahme einer sogenannten echten Subsidiaritätsvorgabe in die sächsische Gemeindeordnung (z. B. analog Bayern).
- Konsequente Privatisierung landeseigener und kommunaler Gesellschaften, die nicht zu den Kernkompetenzen der öffentlichen Hand gehören.

14 Kommunalabgaben und Gewerbesteuerhebesätze senken

Die Politik der Kommunen und Zweckverbände bei der Ermittlung der Preise und Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll ist wirtschaftsfeindlich. Die Gebühren steigen, die Hebesätze der Gewerbesteuer steigen, die Forderungen zur Zahlung von Anschlussbeiträgen nehmen zu. Das führt zu Kostenbelastungen und letztendlich zum Arbeitsplatzabbau. Unverständlich sind die Praktiken der Ermittlung von Gebühren und Beiträgen. Kommunalabgabengesetz und örtliche Satzungen führen durch eine Verweigerung der Kostendegression bei Großabnahmemengen zu einer Schwächung der Wirtschaftskraft der Unternehmen, die eigentlich den Kommunen die entsprechenden Steuereinnahmen bringen sollen.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Korrektur des sächsischen Kommunalabgabengesetzes.
- Festlegung von Prämissen für Kommunalabgaben unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze.

15 Zahlungsmoral der öffentlichen Hand verbessern

Die Zahlungsignoranz hat in Ostdeutschland beträchtliche Ausmaße angenommen, die für viele Unternehmen existenzbedrohend ist. Die Forderungsausfälle der Unternehmen sind signifikant höher als in den alten Bundesländern. Überbordende Außenstände, durch die Unternehmen in die Insolvenz gezogen werden, vernichten jährlich tausende Arbeitsplätze und ziehen andere, oftmals gesunde Unternehmen mit in die Insolvenz.

Zuallererst ist dies sicherlich eine Herausforderung, die die Wirtschaft selbst lösen sollte. Die Zahlungsignoranz erstreckt sich in zunehmendem Maße aber auch auf die öffentliche Hand, die oftmals vorsätzlich Rechnungen verspätet bezahlt. Hier muß schnell gehandelt werden, um in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation für die Unternehmen mehr Sicherheit zu geben und dadurch Arbeitsplätze zu schützen.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Bindende Selbstverpflichtung der öffentlichen Hand zum fristgerechten Ausgleich von berechtigten Forderungen.

16 Förderalismus in Deutschland stärken und für Sachsen nutzen

Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat im Herbst 2001 mit einem Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit" eine längst überfällige Debatte zur notwendigen Förderalismusreform initiiert. Wie leider in Deutschland üblich, ist von seinen Vorschlägen trotz allgemeiner Zustimmung nichts umgesetzt worden. Es liegt jedoch im elementaren Interesse von Sachsen, sich in einem föderalen Wettbewerb durch bessere Ideen und eine konsequentere Marktorientierung schneller zu entwickeln als andere Bundesländer, die es vorziehen, Erreichtes zu verteidigen.

Bei der aktuell tätigen Förderalismuskommission sollte dringend und nachdrücklich eingefordert werden, dass gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die es Bundesländern gestatten, von Bundesgesetzen ganz oder teilweise durch Beschluss der Landesparlamente abzuweichen. Die Kritiker dieses Vorschlages führen als Gegenargument das Grundgesetz an. Auch aus diesem Grund gab es in der Enquete-Kommission Verfassungsreform von 1976 (!) bereits einen entsprechenden Regelungsvorschlag als neuen Art. 72 a GG, der Sonderregelungen der Länder in der konkurrierenden Gesetzgebung zulassen soll.

Die ostdeutschen Bundesländer sollten analog dem Verkehrswegebeschleunigungsgesetz ein Investitionsvorranggesetz als Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, in dem unter Beachtung der europäischen Gesetzgebung Erleichterungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Umwelt-, Bau- und Planungsrecht zusammengefasst werden.

Vorschläge der Wirtschaft:

- Einforderung der Möglichkeit zum Beschluss abweichender Regelungen von Bundesgesetzen auf Länderebene im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung.
- Verstärkung des Wettbewerbs auf Länderebene durch eine Entflechtung von Bundes- und Landekompetenzen.